

Solidarität



Gesundheit: Verbesserungen beim Schutz vor psychischen Belastungen **Seite 4**



Cobra: Hartes Training für unsere Sicherheit – ein Lokalausweis in Linz **Seite 5**

Kommentar: Bernadette Ségol, Generalsekretärin des ÖGB, über Sparwahn und den Weg aus der Krise **Seite 12**



ÖGB und Gewerkschaften verlangen Vermögenssteuern. Seite 3

© ÖGB Österreich

www.oegb.at



„Lesen ist Bildung. Bildung ist Zukunft.“

**Erich Foglar
ÖGB-Präsident**

**Österreich liest
Treffpunkt
Bibliothek**

15.–21. Oktober 2012
www.oesterreichliest.at

editorial



NANI KAUER

Gute Beispiele

In dieser Ausgabe der Solidarität finden sich einige gute Beispiele, die beweisen: Es zahlt sich aus, Gewerkschaftsmitglied zu sein. Starke Gewerkschaften erreichen Verbesserungen in Gesetzen – etwa bei der Zeitarbeit (mehr dazu auf dieser Seite). Könnten Gewerkschaften mit Arbeitgebern stark verhandeln, hätten sie nicht über 1,2 Millionen Mitglieder? Nein. Zum Beispiel Neuregelungen bei den Invaliditätspensionen: Menschen gesundheitlich und beruflich wieder herzustellen, anstatt sie viel zu früh in die Arbeitsunfähigkeit „abzuschieben“, war das Ziel der Gewerkschaften. Hätten wir das der Regierung oder der Wirtschaftskammer gegenüber durchgesetzt ohne die Stärke der Mitglieder? Nein. Viele Mitglieder werden in Zukunft von diesen und weiteren Verbesserungen profitieren: ÖGB-Mitglieder werden in den Genuss von verbesserten ArbeitnehmerInnen-schutz-Bestimmungen kommen (Seite 4). Sie profitieren davon, dass sie von Gewerkschaften kostenlos vor Gericht vertreten werden (S. 8). Das ist alles noch nicht genug, noch zu wenig für die Mitglieder? Kann sein, besser geht's immer. Was es dazu braucht: Noch mehr Mitglieder. Also weitersagen: www.oegb.at/anmelden

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellern:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickforstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegel. **AutorInnen:** Amela Muratović, Florian Kräftner, Bettina Loidhold, Wolfgang Purer, Canan Aytekin, Katja Dämmrich, Heike Hausensteiner, Sophia Fielhauer-Rese, Josef Muchitsch. **Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Bildredaktion:** Peter-Paul Waltenberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Rusek. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, WWW: <http://www.oegb.at/soli>

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352
DVR-Nr.: 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.



© Bildagentur/Wechseltal/InSider/Flattenbox

Mehr Fairness

Leiharbeiter: ÖGB und Gewerkschaften setzen viele Verbesserungen durch.

„Hire and fire“, eine erhebliche Zahl von Arbeitsunfällen, hohe Armutsgefährdung wegen oftmaliger Arbeitslosigkeit, Ungleichbehandlung in den Betrieben – das waren die Zustände in der Zeitarbeitsbranche.

Nicht spalten lassen

Mit einer Gesetzesnovelle, die Anfang September beschlossen wurde, wird es nun viele vom ÖGB verlangte Verbesserun-

gen geben. „Die Novelle bringt in vielen Bereichen wichtige Verbesserungen und mehr Gleichberechtigung für die Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar zum Ministerratsbeschluss. „Die Strategie, Beschäftigte in einer Firma auseinanderzuziehen – ZeitarbeiterInnen hier, Stammbesetzungen da – wird in weiten Teilen unterbunden.“

Die Änderungen betreffen die Bereiche Weiterbildung, betriebliche Sozialleistungen bis hin zu Betriebspensionen ab einer gewissen Überlassungsdauer, bessere Informationen über Einsätze, Verbesserungen bei der Unfallvermeidung und einiges mehr. „Die neuen Regelungen bringen Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern mehr Schutz und mehr Rechte sowohl am Arbeitsplatz als auch

zwischen Überlassungen“, sagte Rainer Wimmer, Vorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE, nach dem Beschluss.

Geld für Bildung

Ein wichtiges neues Element ist der Sozial- und Weiterbildungsfonds. Ab 2014 bekommen ZeitarbeiterInnen, wenn sie arbeitslos werden, eine einmalige, schnelle Unterstützung, um den Einkommensabfall zu mildern. Das Geld, das in diesen Fonds fließt, bezahlen die Überlasser – das ist nur fair. Mehr Fairness für überlassene Angestellte gibt es auch bei der Weiterbildung: Der bereits bestehende kollektivvertragliche Weiterbildungsfonds für ArbeiterInnen wird ab 2014 in den gesetzlichen Sozial- und Weiterbildungsfonds übergeführt und steht dann auch überlassenen Angestellten offen. Informationen: www.proge.at

Die Verbesserungen auf einen Blick:

- Bessere Unterstützung in Stehzeiten mit dem Sozial- und Weiterbildungsfonds
- Innerbetriebliche Besserstellungen bei Arbeitszeit und Urlaub
- Gleichstellung auch in der Kantine, bei Sozialleistungen, Betriebspensionen u. dgl.
- Bessere Informationen vor Einsätzen
- Bessere Chancen auf Übernahme
- Umfassender Schutz vor Diskriminierung
- Wirksame Maßnahmen gegen die vielen Arbeitsunfälle
- Höhere Strafen für Arbeitgeber

Klare Regeln gut für alle

Kollektivverträge sind für Beschäftigte und Firmen gut.

Abgedeckt. Knapp über 95 Prozent aller in Österreich arbeitenden Menschen haben in Kollektivverträgen geregelte Löhne, Gehälter, Zulagen und viele weitere Bestimmungen das Arbeitsleben betreffend. Das ist weltweit eine der höchsten Quoten. Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat eine Statistik herausgebracht, die Österreich eine Spitzenposition bescheinigt. In Deutschland werden nur 62 Prozent der ArbeitnehmerInnen nach flächendeckend gültigen Tarifverträgen bezahlt, in den USA gar nur 14 Prozent.

400 Kollektivverträge

Die hohe Zahl in Österreich ist den Gewerkschaften zu verdanken, die jedes Jahr an die 400 Kollektivverträge verhandeln. Kollektivverträge sind nicht nur ein guter Schutz für die Beschäf-



© ÖGB

tigten und garantieren Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld, sie bringen auch den Unternehmen Vorteile. Gleiche Löhne, Gehälter und Rahmenbedingungen in einer Branche sorgen für fairen Wettbewerb und dieselben Spielregeln für die Firmen.

Rückfall in die 1960er

Umso unverständlicher ist für ÖGB und Gewerkschaften der Versuch der Metallarbeiter, die seit 40 Jahren bestehende

Kollektivvertragsgemeinschaft, die mehrere Fachverbände erfasst, zu beenden. ÖGB-Präsident Foglar plädierte bis zuletzt dafür, dass die Vertragsgemeinschaft erhalten bleibt. „Die Aufröselung ist ein Rückschritt in die 1960er-Jahre.“ Die Verhandlungen der Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp mit den Arbeitgebern haben am 19. September begonnen. „Entscheidend ist ein gutes Ergebnis“, sagt Foglar.

Aktuelle Informationen zu den Lohn- und Gehaltsverhandlungen auf www.gpa-djp.at und www.proge.at.

Adressänderungen:

Tel. 01/534 44-39100

**Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 8–13 Uhr.**

Oder unter: www.oegb.at

i-move.at

Nächsten Schritt gehen

ÖGB und Gewerkschaften verlangen am Aktionstag Vermögenssteuern.

„Sozialstaat fairbessern“ – so lautet die aktuelle Kampagne des ÖGB, der dazu am 19. September in ganz Österreich mehr als 50 Aktionen durchgeführt hat. Was wir aus eigener Tasche zahlen müssten, gäbe es den Sozialstaat nicht, und wie der Sozialstaat fairer finanziert werden kann, das waren zentrale Themen am bereits zweiten Aktionstag.

Bedrohung für Europa

„Ich kenne kein Sozialsystem der Welt, kein Gesundheitssystem oder kein Bildungssystem, das es je geschafft hat, die gesamte Weltwirtschaft in die Krise zu stürzen“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar im Vorfeld des Aktionstages. „Aber eine einzige Bank und im Gefolge die ungezügelt Finanzwirtschaft haben das geschafft. Die Verursacher sollen die Rechnung für die Krise und die Krisenkosten bezahlen – nicht



Foto: © ÖGB

die Sozialsysteme.“ Geht es um die Bewältigung der Krise, dann prallen derzeit zwei Positionen massiv aufeinander: jene, die mit ihrer Sparökonomie die Sozialstaaten zusammenstutzen wollen und die Krisenverursacher weiterhin ungeschoren lassen, und jene, die für einen Systemwechsel eintreten, denn von Verteilungsgerechtigkeit sind wir noch weit entfernt. Die in vielen Staaten getroffenen Maßnahmen führen nicht aus der Krise. Sie bringen ein

Schrumpfen der Wirtschaften, Spannungen, soziale Unruhen. Foglar: „Wie lange soll das noch gut gehen? Diese Kaputtspare-Ökonomie ist eine Bedrohung für ganz Europa.“

Sparwahn menschenverachtend

Das Kaputtsparen ist für den ÖGB nicht nur wirtschaftlich kurzsichtig. ÖGB-Präsident Foglar macht die Unmenschlichkeit des Sparwahns vieler Staaten an einem Beispiel deutlich: „Manche europäische Staaten haben keinerlei Hemmung beim Kürzen und Streichen von Sozialleistungen, Löhnen, Pensionen, Bildungsausgaben – die Militärausgaben sprudeln aber weiter, Panzer und Kriegsschiffe werden angekauft, da sieht man keine Einschnitte. Das ist menschenverachtend.“

Der Sozialstaat war in Österreich das Instrument, um die Krisenfolgen abzumildern, ihn gilt es zu erhalten, auszubauen, an neue Bedürfnisse anzupassen – und fairer zu finanzieren.

Gerechter Beitrag

Fair finanziert heißt für den ÖGB: Vermögenssteuern einführen. Vier Milliarden Euro pro Jahr könnten zusätzlich ins Budget fließen, würden die Vermögenssteuern auf EU-Niveau angehoben. Im EU-



Schnitt tragen Vermögende 5,4 Prozent des Steueraufkommens, in Österreich sind es nur 1,4 Prozent. Mehr Vermögenssteuern wären ein gerechter Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaats.

www.oegb.at/sozialstaat

Sozialstaat:

Kein Pech!

Wie viel müssten wir für die Volksschule, die Schulbücher oder für die öffentlichen Verkehrsmittel ausgeben, würde es den Sozialstaat nicht geben? Das Pechrad gibt darauf Antwort – und zeigt, wie wir den Sozialstaat fairer finanzieren können.

Online drehen unter: www.oegb.at/sozialstaat

Sozialstaat:

Kein Märchen

Der Sozialstaat ist zu teuer, die Armen zahlen eh keine Steuern, Vermögenssteuern bewirken nur, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Diese und weitere Märchen über den Sozialstaat verbreiten jene, die nicht bereit sind, einen fairen Beitrag zu leisten. Die Märchen und die Fakten hat der ÖGB in einem kleinen Büchlein zusammengefasst. Zu finden unter den Downloads auf www.oegb.at/sozialstaat

5. ÖGB-Europadialog:

EU – wohin?

Der ÖGB hat gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) die Veranstaltungsreihe „Europadialog“ zu aktuellen europapolitischen Themen in Wien gerufen. „Europapolitik ist bereits Tagesgeschäft des ÖGB und prägt zunehmend auch den beruflichen Alltag von ArbeitnehmerInnen in Österreich. Wir wollen allen Interessierten eine Plattform bieten, kritisch über europapolitische Themen zu diskutieren“, sagt ÖGB-Präsident Erich Foglar. Wer trifft in der EU die Entscheidungen, wie stehen die Gewerkschaften dazu und wie können ArbeitnehmerInnen sich gezielt einbringen? Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Diskussionsreihe.

Am 11. Oktober findet der ÖGB-Europadialog bereits zum fünften Mal statt. ÖGB-Präsident Erich Foglar und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, diskutieren unter dem Titel „Wem gehört Europa“ über die Zukunft Europas.

11. Oktober 2012, 18.30 Uhr; ÖGB, Wilhelmine-Moik-Saal, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.



Reha vor Pension

Die Menschen brauchen einen Arbeitsplatz, auf dem sie bis zum Regelpensionsalter bleiben können.

Wiedereinstieg. Die Regierung hat einen Entwurf für eine reformierte Invaliditätspension vorgelegt. Ziel ist, dass die Menschen länger gesund arbeiten können und dadurch das faktische Pensionsantrittsalter steigt. Der Entwurf, den Sozialminister Hundstorfer vorgelegt hat, enthält wesentliche Änderungen: Alle vorübergehend Arbeitsunfähigen unter 50 Jahren bekommen nicht mehr befristete I-Pensionen, sondern Rehabilitations- bzw. Umschulungsgeld. Das soll den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben erleichtern. „Wir haben immer gefordert: Gesund in die Arbeit, gesund von der Arbeit.“

Die Menschen brauchen einen Arbeitsplatz, auf dem sie bis zum Regelpensionsalter bleiben können“, kommentierte ÖGB-Präsident Erich Foglar den Entwurf.

Schutz nicht aufweichen

Ein Qualifikationsschutz soll den Betroffenen eine Umschulung auf eine Qualifikation er-



Im Pensionssystem soll in Zukunft gelten: **Berufliche und gesundheitliche Rehabilitation, das hebt auch das Antrittsalter.**

möglichen, die ihrem bisherigen Ausbildungsniveau entspricht.

Neu ist auch ein Umschulungsgeld, es liegt in Höhe des Arbeitslosengeldes plus 25 Prozent. Zudem werden die Freibeiträge bei der Notstandshilfe für gesundheitlich beeinträchtigte

Arbeitslose angehoben. Denn die Aufweichung des sozialen Schutzes oder eine wirtschaftliche Verschlechterung der Situation der Betroffenen waren nicht die Ziele der Sozialpartner: „Wir dürfen jene Menschen, die aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen ihren Job

nicht mehr ausüben können, nicht ins soziale Nichts fallen lassen“, so der ÖGB-Präsident. Das Gesetz soll im Herbst im Parlament beschlossen werden und 2014 in Kraft treten. Die Grundlage dafür haben die Sozialpartner beim Bad Ischler Dialog 2011 gesetzt.

Frauenpensionen: Auf Schiene

Wieder einmal verlangte ein Politiker die vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters, diesmal August Wöginger, neuer Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB). „Die Angleichung des Pensionsantrittsalters ab dem Jahr 2024 ist längst auf Schiene. Dagegen gibt es bei der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen noch immer einen gewaltigen Nachholbedarf“, sagte die Vorsitzende der ÖGB-Frauen Brigitte Ruprecht. „Es gilt, die zahlreichen Benachteiligungen für Frauen schon während des Erwerbslebens auszugleichen und sie nicht durch eine vorgezogene Angleichung des Antrittsalters noch zu verstärken. Alleine die Verringerung der ungerechtfertigten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen würde die Situation der Frauen schon verbessern.“ Eigenständige, existenzsichernde Pensionen für Frauen sind das Ziel des ÖGB, dafür braucht es Gleichheit bei den Einkommen, hier muss angesetzt werden.

Nicht um jeden Preis:

Faire Arbeit

„Ziel von Entwicklungshilfe soll nicht sein, Arbeit um jeden Preis zu schaffen“, sagte Wellington Chibebe vom Internationalen Gewerkschaftsbund Mitte September bei einer Enquete des ÖGB in Wien. „Die Löhne, die europäische Unternehmen, die sich im Süden niederlassen, zahlen, dürfen nicht zu niedrig sein, sonst handelt es sich um moderne Sklavenarbeit.“ Oft komme das Geld, das Europa in Afrika investiert, nicht dort an, wo es sollte, berichtete Chibebe. Da etwa 80 Prozent der Arbeit in Afrika am Staat vorbeigehen, müsse die Entwicklungshilfe auf neue Beine gestellt werden. „Das Geld fällt nicht von den Bäumen. Es muss daher zielgerichtet eingesetzt werden, wo es am meisten Früchte trägt“, betonte Chibebe. Im Rahmen der Enquete wurde vor allem die Kürzung der öffentlichen Entwicklungshilfe kritisiert. Ruth Picker, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft „Globale Verantwortung“, erklärte, Österreich wende lediglich 0,27 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auf und spare diese damit tot.

Besserer Schutz

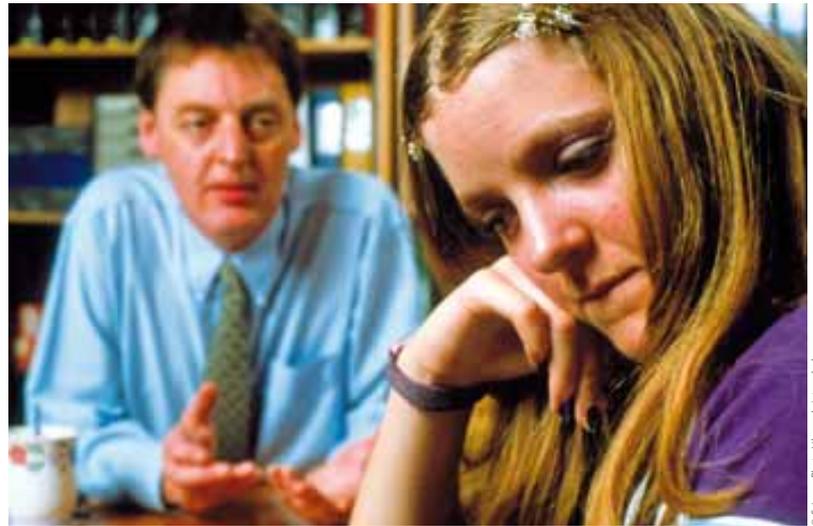
Ab 2013 sollen Arbeitsplätze auch in Hinblick auf psychische Belastungen evaluiert werden.

Verantwortung. Ab Jänner sollen sich die Arbeitgeber verstärkt um die psychische Gesundheit ihrer ArbeitnehmerInnen kümmern müssen. Das sieht ein Gesetzesentwurf vor, den Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer in die Begutachtung geschickt hat.

Psychische Gefahren ermitteln

„Wir wissen, dass in der Arbeitswelt psychische Belastungen und Gefährdungen zunehmen. Diese sind oft die Ursache für arbeitsbedingte Beschwerden und Erkrankungen“, so Hundstorfer. Die Novelle zum ArbeitnehmerInnenschutzgesetz (ASchG) regelt nun klar, dass im Betrieb auch Gefahren ermittelt und beurteilt werden müssen, die zu psychischen Belastungen führen können.

Schon bisher war der Arbeitgeber verpflichtet, den einzelnen



Arbeitsplatz auf Gefährdungen der physischen Gesundheit des Arbeitnehmers – etwa durch Chemikalien, gefährli-

che Arbeitsvorgänge usw. – zu evaluieren. Nunmehr sind auch Gefährdungen der psychischen Gesundheit zu überprüfen. „Dafür sind geeignete Fachleute heranzuziehen – am besten dafür ausgebildet sind sicher Arbeits- und Organisationspsychologinnen und -psychologen“, sagt Ingrid Reifinger, ÖGB-Expertin für gesunde Arbeitsplätze.

sind nur kleine Veränderungen notwendig, die aber trotzdem den Arbeitsalltag enorm erleichtern, etwa, dass wichtige Informationen und Unterlagen von einer anderen Abteilung rechtzeitig einlangen oder vom Vorgesetzten an die MitarbeiterInnen weitergegeben werden.

Arbeitsplätze werden überprüft, nicht Menschen

Die ArbeiterInnen und Angestellten müssen jedenfalls keine Angst haben, dass demnächst bei ihnen nach psychischen Beeinträchtigungen oder Erkrankungen gesucht wird. „Nicht die einzelnen Menschen bekommen eine Diagnose, sondern die Arbeitsplätze werden evaluiert, zum Beispiel in Hinblick auf störenden Lärm, ständige Unterbrechungen, fehlende Informationen usw. Denn das alles kann Stress auslösen und zur psychischen Belastung werden“, erklärt Reifinger. Wenn bei der Evaluierung z. B. Fragebögen zum Einsatz kommen, dann müssen vom Arbeitgeber die Bestimmungen des Arbeitsverfassungsgesetzes und des Datenschutzgesetzes eingehalten werden.

Alltag erleichtern

Sie verfügen über das notwendige Wissen, damit nach der Evaluierung die entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung z. B. der Arbeitsabläufe gesetzt werden können. Oft

Service für Arbeitsinspektoren

Für die Kontrolle der Arbeitsplatzevaluierungen ist die Arbeitsinspektion zuständig. Es gibt bereits jetzt einen Leitfaden für ArbeitsinspektorInnen. Download: www.arbeitsinspektion.gv.at, unter „Psychosoziale Belastungen“.



**Fragen zur Mitgliedschaft? Infos über aktuelle ÖGB-Themen?
Unterstützung bei der Betriebsratswahl?**

Das und mehr gibt es auch online, 24 Stunden am Tag –
jetzt noch übersichtlicher auf den drei Websites des ÖGB.

www.oegb.at
www.mitgliederservice.at
www.betriebsraete.at

Nach sechsmonatiger Cobra-Ausbildung werden die Fähigkeiten der Kolleginnen und Kollegen nicht mehr infrage gestellt.



Cobra, übernehmen Sie!

Wenn es brenzlig wird, ist die Spezialeinheit der Polizei gefragt.

Gefragt. Sie sind schwer bewaffnet unter Wasser und im Schnee im Einsatz, sie seilen sich in voller Kampfmontur von den höchsten Gebäuden ab, springen aus Hubschraubern, bewachen gekrönte Häupter oder den Papst.

Bei Geiselnahmen, wenn Schwerekriminelles dingfest gemacht werden sollen oder wenn Amokläufer Menschenleben bedrohen sind sie binnen 70 Minuten an jedem Ort in Österreich einsatzbereit: Die Polizistinnen der Spezialeinheit Cobra sind gefragt, wenn es brenzlig wird. Was die meisten von uns nur aus Actionserien kennen, ist für etwa 450 Männer und zwei Frauen ein (fast) normaler Beruf. Seit 2002 gibt es die Cobra

in Linz, und Rainer* ist seit Beginn dabei. Warum er einen so gefährlichen Beruf gewählt hat? „Es ist die Faszination des Außergewöhnlichen, die Herausforderung, in einem sensiblen Bereich zu arbeiten. Wenn wir kommen, dann ist die Lage zu bereinigen. Wir können niemanden mehr rufen“, sagt der Nahkampf-Spezialist.

Schüsse vom Balkon

Etwa 30.000 Stunden ist die Cobra pro Jahr in Oberösterreich im Einsatz, vom Personenschutz über Flugbegleitungen bis zu jenem Fall im März in Steyr, als ein Mann mit seiner Kalaschnikow vom Balkon schoss. Wer mit einer 40 Kilo schweren Ausrüstung

Amokläufer überwältigt und entwapnet, muss körperlich topfit sein.

Belastbar unter Stress

Zur Ausbildung zugelassen werden nur jene, die bei der Aufnahmeprüfung auch beweisen, dass sie unter Stress belastbar sind. Geld ist nicht der Grund, sich bei der Cobra zu bewerben: Die Elite-Polizistinnen verdienen genau gleich viel wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen. „Unser Job hat andere Vorzüge. Wir haben im Dienst Zeit für Sport, man kann sich spezialisieren und zum Beispiel als Taucher oder Fallschirmspringer seine Hobbys zum Beruf machen. Unsere Arbeit ist sehr abwechslungsreich“, erzählt Rainer.

Die Dienstzeiten sind familienfreundlicher als in den Anfangstagen der Spezialeinheit. Zwei Tage und zwei Nächte am Stück dauert ein Bereitschaftsdienst. Dazu kommen Ausbildungstage, etwa in den Bereichen Taktik, Schießen, Seiltechnik oder Fahrtechnik, außerdem Sport und planbare Einsätze, wie beim Personenschutz oder in Flugzeugen.

Mehr Frauen

Wird die Cobra angefordert, sichert ein System der Rufbereitschaft, dass immer genug Spezialistinnen rasch am Einsatzort sind. „Wir haben die höchste Väterkarenzrate im gesamten Innenministerium“, berichtet Cobra-Kommandant Dietmar Perger. Dass es nur zwei Cobra-Frauen gibt, liege in erster Linie an den körperlichen

Anforderungen beim Aufnahmetest. „Es gelten für Männer und Frauen die gleichen Limits, das ist für unseren Job notwendig. Wir hätten allerdings gern mehr Frauen. Bei Observationen oder beim Personenschutz



von Frauen wäre es mit weiblichen Polizisten oft einfacher“, sagt Perger. Dass die beiden Frauen bei der Cobra voll akzeptiert werden, bestätigt Rainer: „Wer diese sechs Monate Ausbildung durchzieht, dessen Fähigkeiten muss ich nachher nicht mehr infrage stellen.“

Carmen Janko

* Aus Gründen des Personenschutzes wird der vollständige Name nicht genannt.

Stronach-Bahn:

Schnapsidee

Für Frank Stronach, der bekanntlich in die Politik einsteigen will, ist Österreich offenbar kein Staat, sondern ein Selbstbedienungsladen. Die ÖBB zu kaufen war seine jüngste glorreiche Idee. „Ein schlechter Scherz“, sagte vda-Vorsitzender Rudolf Kaske. „In die ÖBB wurde viel Geld investiert. Sie sind viel zu wertvoll, um sie zu einem Scherzbetrag an Herrn Stronach zu verscherbeln. Sein Motto ‚Wer das Gold hat, macht die Regeln‘ wird in diesem Fall nicht in Erfüllung gehen, denn die ÖBB stehen nicht zum Verkauf“, so die vda. Dass Vizekanzler Michael Spindelegger diese Idee aufgriff, rief ebenfalls die Kritik der für die EisenbahnerInnen zuständigen Gewerkschaft vda hervor.



Rudolf Kaske, vda-Vorsitzender

IKEA:

Unfair

IKEA gibt sich modern, freundlich, politisch korrekt – in der Türkei allerdings machen Menschen, die sich gewerkschaftlich bei IKEA organisieren wollen, diese Erfahrungen nicht. Beschäftigte berichten über Druck vonseiten der türkischen Geschäftsleitung. Sie werden davon abgehalten, der Gewerkschaft beizutreten, wer eingetreten ist, soll austreten. Sogar Familienmitglieder sollen eingeschüchtert werden.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) war dabei, als GewerkschaftsvertreterInnen aus 14 Ländern in Istanbul unter dem Dach der globalen Dienstleistungsinternationale, UNI Global Union, eine weltweit agierende IKEA-Allianz gründeten. Ziel ist es, für alle IKEA-Beschäftigten weltweit gute Rahmenbedingungen zu erreichen. Die UNI IKEA Global Union Allianz beschloss Anfang September einen Mobilisierungsplan, um IKEA dazu zu bewegen, sich gegenüber der türkischen Gewerkschaft fair zu verhalten.



Für die Anerkennung arbeiten

Gewerkschaftsarbeit für MigrantInnen ist besonders wirksam, wenn das Gegenüber die Probleme aus erster Hand kennt.

Fremdes Linz. Reger Andrang in Linz. Vormittags hat ÖGB-Sekretär Bülent Karabulut (35) bereits sechs Rechtsberatungen in seiner Muttersprache Türkisch getätigt, viele werden es heute noch sein. Sein Großvater kam in den 1970er-Jahren als Gastarbeiter nach Oberösterreich, der Enkel musste 1985 alles hinter sich lassen. Er übersiedelte aus der Stadt Tunceli ins fremde Linz und kam gleich in die Schule: „Nach einer halben

Stunde, wo du nichts verstehst, steigst du geistig aus.“

Endlich angekommen

Zeichentrickfilme und Nachbarkinder lehrten ihn die Sprache. Acht Jahre lang hat er beim Metallbetrieb Georg Fischer in Herzogenburg als Hilfsarbeiter gewerkt, musste sich als Betriebsrat die Anerkennung der österreichischen Kolleginnen und Kollegen, vor allem der Facharbeiter, hart erarbeiten: „Als mich ein Inge-



Bülent Karabulut

nier der Firma um rechtliche Auskunft fragte, wusste ich, dass ich angekommen war.“ Neben der Rechtsberatung hält Karabulut Infoveranstaltungen ab und besucht Vereine, um die Menschen zu informieren.

14-Stunden-Tage

„Ich berate viele, die in Produktionsbetrieben tätig sind. Zu Ostern und Weihnachten wird mehr als 14 Stunden durchgehend gearbeitet.“ Kein Aus-

nahmefall: Arbeitgeber ignorieren Ruhezeiten und Feiertage, zahlen weder Weihnachtsgeld noch Urlaubsgeld.

Fließend Mühlviertlerisch

Kollegin Özgür Taş, 34, kam vor über 20 Jahren mit ihren Eltern aus der Türkei nach Linz. Aus dem Teenager-Leben gerissen, konnte sie das Gymnasium als Gastschülerin nicht bewältigen, ging in die Bäckerei Goldmann arbeiten. „Dort habe ich von den Kolleginnen und Kollegen richtig gut Mühlviertlerisch gelernt. Mein Chef wollte, dass ich weiterkomme, und hat mir geholfen, über eine Stiftung einen Pflegeausbildungsplatz zu bekommen.“ Im Bezirksaltenheim Leonding ist Taş bald 13 Jahre



Özgür Taş

Pflegerin und nun auch Betriebsrätin. Taş hat zudem die erste multikulturelle Gewerkschaftsschule absolviert: „Wir haben verschiedene Kulturen und Arbeitsmodelle kennengelernt. Der Kampf um Menschenrechte hat eine lange Geschichte, die man verstehen muss, um den Menschen auch in der Zukunft einiges anbieten zu können.“

Arbeitszeiten einhalten

Im Bezirksaltenheim arbeiten derzeit 22 MigrantInnen im Pflege- und Reinigungsbereich. Taş sorgt dafür, dass die Arbeitszeiten für Mütter angepasst und Pflegeurlaube auch konsumiert werden. „Wenn die Kinder krank sind, trauen sich die Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund nicht, einen Pflegeurlaub zu nehmen, weil sie Angst vor einer Kündigung haben.“

Nicht schüchtern sein

ÖGB-Sekretär Karabulut kennt das Problem: „Die Schüchternheit ist nicht nur im Arbeitsbereich ein großes Hindernis. Von manchen Politikern und Medien wird viel getan, dass MigrantInnen bloß unter sich bleiben, und das verstärkt die Unsicherheit. MigrantInnen müssen das Gefühl haben, dass sie hier willkommen sind.“

„Ich bin 41.
Alt genug, um an meine
Pension zu denken!“

Heuer noch 7,75%* Förderung
bei der Prämienpension der Wiener Städtischen!

2012 gibt es 4,25 % staatliche Prämie, d. h. bis zu EUR 99,- vom BMF.
Zusätzlich 3,50 %* Förderung von der Wiener Städtischen!
Serviceline 050 350 350, wienersstaedtsche.at

* Bezogen auf die im Jahr 2012 geleistete Prämienzahlung bis max.
EUR 2.250,-. Für Kunden mit höherer Prämie gibt es eine Sonderregelung.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

WIENER
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP



Erfreuliches Übergewicht

Wenn es klingelt, freuen sich die Greifensteiner nicht bloß auf die Post.

Idyllisch. Vorbei geht es am blauen Strom, an gepflegten Gärten und zahllosen Einfamilienhäusern. Es ist idyllisch, aber auch ein schöner Haufen Arbeit. Karl Taschner, gelernter Einzelhandelskaufmann,

sechs Uhr früh seinen Dienst. Erst arbeitete der Briefträger 15 Jahre als Springer, wurde Paketzusteller in St. Andrä-Wördern und durch die private Konkurrenz schließlich zum Gesamtzusteller in Greifen-

Donau sind dann bewohnt). Er hat dafür sechs Stunden Zeit, im Schnitt 160 Kilo Post dabei und steigt zwischen 200 und 250 Mal aus dem Auto. „Je fitter ich bin, desto schneller geht’s“, weiß Taschner. Viel Kraft kostete die Zeit als Springer: Immer erst freitags erfuhr Taschner, welche Region er am Montag zu betreuen hatte.

Klaffende Wunde am Bein

Neu für ihn und manchen Wach- und Schoßhund. Denn am Land fehlen häufig die Postkästen – der Briefträger muss den Garten durchqueren und hoffen, dass ihm Barry oder Cindy gut gesonnen ist. Taschner bezahlte das Misstrauen eines Vierbeiners mit einer klaffenden Wunde am Bein. Kann ein Hundebesitzer die gefahrlose Zustellung nicht gewährleisten, wird er von der Zustellung ausgeschlossen – das kommt allerdings äußerst selten vor.

Während viele Städter ihren Briefträger gar nicht erkennen würden, wissen vor allem auch die älteren Greifensteiner Karl Taschner zu schätzen. „Vor Kurzem habe ich jemanden um Hilfe rufen hören. Ein äl-

terer Herr war aus dem Bett gefallen und konnte nicht mehr aufstehen.“ Gemeinsam mit einer Nachbarin gelang es dem Briefträger, dem verstörten Mann zu helfen und die Rettung zu rufen.

Die Schuhe passen nicht

„Auch zu Menschen, die ein oder zwei Pakete in der Woche kriegen, habe ich einen besonderen Kontakt. Die sagen dann, dass die Schuhe nicht passen und ich sie wieder zurückschicken soll“, erzählt der Postler schmunzelnd. „Gib mir den Brief, ich weiß ja, was da drin steht“, ist ein Satz, den Taschner schon öfter gehört hat. Doch wichtige Sendungen wie behördliche Schreiben müssen an die richtige Adresse und Person – ein vertrautes Lächeln hilft da zum Glück wenig. Mit Oktober beginnt eine höchst arbeitsreiche Zeit, der November wird hektisch und bis Weihnachten steigt das Paketaufkommen gewaltig an – und damit wachsen die Kilos. „Ich liebe meine Arbeit sehr“, sagt Taschner, nimmt die Last mit Humor und muss weiter.

Christian Reisel

Malus für Firmen:

Jugendwahn

Die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen ist auch im August wieder gestiegen. „Die Arbeitswelt muss altersgerecht werden, und es muss für die Unternehmer teurer werden, ältere Beschäftigte auf die Straße zu setzen“, fordert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Unternehmen, die keine oder zu wenig ältere ArbeitnehmerInnen beschäftigen, sollen einen Malus zahlen. Ein Ausdruck der ungerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit sind Überstunden – und überlange Arbeitszeiten machen erwiesenermaßen krank. „Dagegen hat der ÖGB ein Modell vorgelegt, das Überstunden reduziert, indem es sie für die Betriebe teurer macht“, so Achitz. Es sieht eine Abgabe in Höhe von einem Euro pro Überstunde vor. Die Einnahmen sollen zur einen Hälfte dem AMS, zur anderen dem Gesundheitssystem zugute kommen.

Recht vor Geschäft:

Soziale EU

Was ist mehr wert in der EU, soziale Grundrechte oder die Freiheit der Unternehmen, gute Geschäfte zu machen? Für die Gewerkschaften ist klar: ersteres. Der Europäische Gerichtshof hatte in einigen Fällen anders entschieden. Das Recht der ArbeiterInnen zu streiken war weniger wichtig als das Recht der Firma, in der EU ihren Geschäften ungehindert nachgehen zu können. Streik oder andere Arbeitskämpfe hindern die freie Wirtschaft, entschied der EuGH. In einer EU-Richtlinie (entspricht einem Gesetz) sollte dieses Ungleichgewicht beseitigt werden – der Entwurf dazu ging allerdings daneben. Wieder war nicht klar festgelegt, dass soziale Grundrechte den unternehmerischen Freiheiten zumindest gleichrangig sein müssten, auch das Recht zu streiken war nicht klar definiert. Die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten lehnte die neue Richtlinie ab – der Druck der Europäischen Gewerkschaften hatte daran sicher großen Anteil. Eine eindeutige Regelung steht nun aus. Die Kommission muss sicherstellen, dass die sozialen Grundrechte durch wirtschaftliche Freiheiten nicht eingeschränkt werden können.



arbeitet seit 25 Jahren als Briefträger. „Ich bin ein Waidhofner und die Liebe hat mich von der Ybbs an die Donau gebracht“, erklärt der 45-Jährige.

Taschner ist nach Wien gezogen, steht morgens um 4 Uhr 30 auf, pendelt täglich ins Postverteilungszentrum Zeiselmauer und beginnt um

stein/Altenberg. „Ich habe ja auch in der Stadt als Briefträger gearbeitet, aber der Bezug zu den Menschen am Land ist näher und das gefällt mir.“

Wenige Briefkästen am Land

Im Sommer betreut Karl Taschner 860 Haushalte täglich (die Strandhäuser an der



860 Haushalte täglich werden abgeklappert.



3.000 Euro nachgezahlt

Nach Intervention der Gewerkschaft wurde alles richtig nachbezahlt.

Überstunden. Das Ehepaar Milenkovic hat von November 2011 bis Jänner 2012 in einem Hotel in Tirol gearbeitet. Branko Milenkovic war als Abwäscher beschäftigt, Dragana Milenkovic als Buffetkraft. Von Anfang an mussten beide viele Überstunden leisten, und sie bekamen immer nur Teile des Lohns ausbezahlt. Dass die beiden dort nicht auf Dauer arbeiten wollten, ist also verständlich. Sie beendeten die Dienstverhältnisse und kamen zu Beratung zu der zuständigen Gewerkschaft vida. Nach Durch-

sicht der Lohnabrechnungen und der Arbeitszeitaufzeichnungen war schnell klar: Da fehlt einiges an Geld, Lohn und Überstundenvergütungen waren noch offen. Nebenbei deckte die Gewerkschaft auch auf, dass Frau Milenkovic nur geringfügig angemeldet war, aber eigentlich Vollzeit arbeitete.

Nicht korrekt bezahlt

Die Gewerkschaft vida hat all diese Umstände auch dem Finanzamt mitgeteilt, das Hotel hat ja nicht nur Herrn und Frau Milenkovic nicht korrekt be-

zahlt, sondern auch die Beiträge an die Sozialversicherung und an das Finanzamt nicht richtig abgeführt. Weil Frau Milenkovic falsch – geringfügig statt Vollzeit – angemeldet war, wurde ihr außerdem zu wenig für die Pensionszeiten angerechnet.

Klage abgewendet

Die offenen Ansprüche des Ehepaares forderte die vida beim Arbeitgeber ein. Nachdem wieder nur Teile der Ansprüche bezahlt wurden, übernahm das Rechtsreferat der Gewerkschaft vida die beiden Rechtsfälle und

intervenierte unter Androhung einer Klage beim Arbeitsgericht Wien. Da eine derartige Klage und in der Folge ein Verfahren mit viel Mehraufwand für den Arbeitgeber verbunden ist, ziehen es viele Arbeitgeber (leider nicht alle) vor, die Ansprüche ordnungsgemäß abzurechnen und auszubezahlen, anstatt sich auf ein kostspieliges Verfahren einzulassen. Das Tiroler Hotel entschied schließlich nach schriftlicher und mündlicher Intervention der vida-Juristin Canan Aytekin, das nicht bezahlte Geld nachzuzahlen. Frau

Milenkovic bekam mehr als 2.000 Euro netto nachbezahlt, ihr Mann erhielt an die 1.000 Euro netto.

TIPP

Es macht sich bezahlt, Arbeitszeitaufzeichnungen zu führen, Arbeitsunterlagen kontrollieren zu lassen und auch nach einem Dienstverhältnis die Abrechnungen von der Gewerkschaft überprüfen zu lassen. Wie der Fall der Familie Milenkovic zeigt: Es zahlt sich aus, Gewerkschaftsmitglied zu sein!

WER SAGT, DASS SIE SICH FÜR BESTE KONDITIONEN ANSTRENGEN MÜSSEN?

KREDIT BOX

• Sachverhalts-Paket
• Kreditübernahme Service
• gratis Datenstick

**MIT
BESTPREIS-
GARANTIE***

Holen Sie sich die KreditBox mit Bestpreisgarantie.

Haben Sie eine Finanzierungszusage einer anderen Bank für den gleichen Kredit mit günstigeren Konditionen, passen wir unsere daran.

Mitten im Leben.

www.bawagpsk.com



*) Wenn Sie innerhalb von vier Wochen nach Abschluss Ihres KreditBox Kreditvertrages eine Finanzierungszusage einer anderen österreichischen Bank für einen identen Kredit mit günstigeren Konditionen (Bearbeitungsgebühr, Aufschlag auf den Indikator oder Fixzinssatz) vorlegen, passen wir auf Wunsch unsere Konditionen insgesamt an diese an. Finanzierungen über Bausparkassen sowie mit Wohnbauförderung ausgenommen.

Immer gut beraten

ÖGB-Beratungsangebote zu vielen Themen mit kompetenten Expertinnen und Experten.

Angebot. Der ÖGB bietet Mitgliedern und anderen Interessierten in allen Bundesländern zu zahlreichen Themen Service und Beratungen, manches nur für Mitglieder. Im ÖGB-Servicecenter in Wien finden regelmäßig Informationsabende zu aktuellen Themen statt, Expertinnen und Experten geben dabei einen Überblick.

Vielfältige Themen

Das ÖGB-Servicecenter in Wien steht fünf Tage die Woche offen und bietet ÖGB-Mitgliedern Beratungen und Informationen zu vielen verschiedenen Themen an. Die Angebote reichen von Beratungen für freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen, Mobbingberatungen, über muttersprachli-



chen Informationen zum Arbeitsrecht in Türkisch/Kurdisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Tschechisch/Slo-

wakisch, bis zu Auskünften über ArbeitnehmerInnenveranlagung und Pensionsrecht. Um auf individuelle Fragen

eingehen zu können, ist eine Terminvereinbarung nötig: Telefon: 01/534 44-39100 oder servicecenter@oegb.at

INFOABEND

„Aktiv gegen Mobbing am Arbeitsplatz“

Was ist Mobbing? Was ist ein Konflikt? Welche Handlungs- bzw. Unterstützungsmöglichkeiten haben Betroffene? Diese Veranstaltung soll für das Thema Gewalt am Arbeitsplatz sensibilisieren und dessen Auswirkungen und Folgen bewusst machen. Dienstag: 27. November 2012, 18,00 Uhr

WEBSERVICE

Beratungen in den Bundesländern

Der ÖGB bietet in allen Bundesländern Beratungen an, die Themen reichen von beruflicher Bildungsberatung über Mobbingberatung bis zu Auskünften in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen. Detaillierte Infos über alle Angebote gibt es auf www.mitgliederservice.at unter dem Punkt „Beratungen“.

Gewonnen:

Sportstars



Beim Gewinnspiel in der vorigen Ausgabe der Solidarität gab es VIP-Pakete zum 12. Tag des Sports am Heldenplatz und ein „Meet & Greet“ mit den Beach-Volleyball-Schwestern Stefanie und Doris Schweiger als Preise. Natürlich konnten auch die GewinnerInnen das gesamte Angebot beim Tag des Sports nutzen. Im Bild die GewinnerInnen und die beiden erfolgreichen Sportlerinnen.

Vertrauensmann:

Gedenken

Anton Benya war und ist bis heute eine der wichtigsten Symbolfiguren der Gewerkschaftsbewegung der Zweiten Republik. Er steht für den Aufstieg der Arbeiterbewegung sowie für sozialen Fortschritt und wird in den Geschichtsbüchern Nachkriegsösterreichs immer eine prägende Rolle einnehmen. Aus dieser historischen Bedeutung heraus sammelte der ÖGB im Jahr 2002 Beiträge von Wegbegleitern – auf der eigenen Seite und beim politischen Gegenüber –, die in ihrer Gesamtheit auch heute noch ein umfassendes Bild von Anton Benyas Persönlichkeit wiedergeben. Aus Anlass seines 100. Geburtstages wurden diese Beiträge, ergänzt um einige neue Texte, wieder aufgelegt.

Anton Benya: „Der Vertrauensmann“. Nani Kauer (Hg.), ÖGB-Verlag 2012, 24,90 Euro, 156 Seiten, ISBN 978-3-7035-1567-5

Für Mitglieder:

Kultur

Ob Ballett, Dinner-Show, Musical, Kabarett oder Festival – die ÖGB-Kartenstelle hat für zahlreiche Spielstätten in ganz Österreich immer etwas im Angebot. Vieles davon ist für ÖGB-Mitglieder ermäßigt. Einige Highlights vor Weihnachten: In der Kirche am Minoritenplatz in Wien steht Harlem Christmas Gospel direkt aus New York auf dem Programm. Einfach online vorbeischauen: kartenstelle.oegb.at

Hohe Auszeichnung

Das Land Salzburg ehrt Betriebsrätinnen und Betriebsräte.



Anerkennung. Ende August wurde 21 Betriebsrätinnen und Betriebsräten aus Salzburg eine große Ehre zuteil: Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zeichnete sie mit dem Verdienstzeichen des Landes Salzburg aus. „Jeder Betrieb ist gut beraten, wenn er einen Betriebsrat zulässt“, sagte Burgstaller bei der Festveranstaltung. Sie wies auch darauf hin, dass das Arbeitsklima in Unternehmen mit gewählter Vertretung in der Regel besser sei, und weil

Betriebsrätinnen und Betriebsräte viele Konflikte vor Ort lösen können, gibt es auch weniger arbeitsrechtliche Streitfälle.

Besser mit Betriebsrat

Eine aktuelle Befragung von Beschäftigten lieferte ebenfalls ein deutliches Ergebnis: 90 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Betrieben mit Betriebsräten geben an, dass es in ihren Betrieben besser läuft. Und 80 Prozent der Beschäftigten in betriebsratslosen Firmen wür-

den in Betriebsräten eine deutliche Verbesserung sehen.

„Die ehrenamtliche Arbeit trägt zu positivem Klima und zu wirtschaftlichem Erfolg in

den Betrieben bei“, sagte Burgstaller. Dass dieses Engagement mit dem Verdienstzeichen belohnt wird, ist ein schöner Dank.

Aktiv werden!

Sie wollen einen Betriebsrat gründen? Kein Problem, ÖGB und Gewerkschaften unterstützen Sie dabei. In Betrieben ab fünf Beschäftigten können Betriebsrätinnen und Betriebsräte gewählt werden. Ihre Aufgaben und Rechte sind in Österreich im Arbeitsverfassungsgesetz geregelt.

Alle Infos zum Thema: www.betriebsraete.at

Facharbeit: Fördern

Zum zwanzigsten Mal wurden heuer die Anton-Benya-Preise zur Förderung der Facharbeit vom Anton-Benya-Stiftungsfonds vergeben. Gestiftet wurden die Preise vom langjährigen ÖGB-Präsidenten Anton Benya, dessen Geburtstag sich heuer am 8. Oktober zum hundertsten Mal jährte. Prämiert wurden außergewöhnliche berufliche Leistungen von Lehrlingen oder Fachkräften, Verdienste um die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte, aber auch wissenschaftliche Untersuchungen, die das gesellschaftliche Ansehen der Facharbeit fördern. Das Ziel der Preise ist, die große Bedeutung der Facharbeit, insbesondere der manuellen Arbeit, bewusst zu machen. Die diesjährigen Preise gingen unter anderem an die Frauenstiftung Steyr, die Facharbeiterintensivausbildung in der Justizanstalt Wien-Simmering, an Wien Work, an die Lehrwerkstätte der Firma Hainzl GmbH, die Produktionsschule Ried im Innkreis sowie an die Lehrausbildung der Linz AG. Insgesamt wurden heuer 22 Preise an insgesamt 30 PreisträgerInnen vergeben.

Gewinnspiel: Filmfestival

Die Solidarität verlost 15 Mal jeweils zwei Tickets zum diesjährigen Filmfestival „this human world“. Das Festival wurde 2008 anlässlich des 60. Jubiläums der Deklaration der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Österreich ins Leben gerufen. Der ÖGB hat für den Film „The Navigators“, der im Rahmen des Festivals gezeigt wird, die Patronanz übernommen. Es geht darin um eine Gruppe von Eisenbahnarbeitern. Im Zuge von Privatisierungen werden viele entlassen, die Sicherheitsbedingungen verschlechtern sich und es kommt sogar zu einem tödlichen Unfall.

Frage: Unter welchem Motto steht die aktuelle Kampagne des ÖGB?

Antworten mit dem Kennwort „Gewinnspiel“ bitte an soli@oegb.at oder Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien. Einsendeschluss ist der 15. November 2012.

Essen statt schnitzen

Kürbis ist zu schade, um ihn zu Grusellaternen zu verarbeiten. Besser: Risotto.

Gruselig. Illumierte Jugendliche in Gruselkostümierung, kleine Kinder an der Haustür, die „Süßes oder Saures“ einfordern bzw. androhen, und Fratzen geschnitten in Kürbislaternen: Ganz eindeutig ist der US-Brauch, am Vortag von Allerheiligen Halloween zu feiern, auch über Mitteleuropa geschwappt. Überzeugte EuropäerInnen können sich aber damit trösten, dass Halloween keltisch, also irisch, also europäisch ist. Eigentlich.

Kürbisse als Deko zu verwenden, statt sie einfach zu essen, ist ähnlich sinnvoll, wie aus Lebensmitteln Benzin zu ma-

chen, aber verständlicher, wenn man das immense Wachstumstempo dieser Gurkengewächse bedenkt.

Ein paar Samen ausgestreut, und schon könnte man wochenlang nichts anderes mehr verspeisen als die orangen Früchte. Das zu verhindern wissen die ItalienerInnen: Sie ernten schon die Blüten, füllen sie mit einem Sardellenringel und Mozzarella, hüllen sie in Backteig, und dann ab ins heiße Fett.

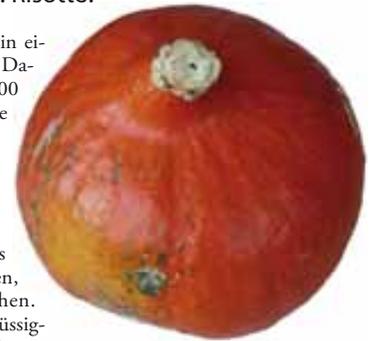
Risotto mit Chorizo

Jetzt im Herbst ist aber die Zeit der Kürbisfrüchte, die ihrer Reife entgegenwachsen durf-

ten – um zum Beispiel in einem Risotto zu landen. Dafür für vier EsserInnen 300 Gramm Risottoreis ohne Öl rösten. Eine geschnittene Zwiebel, zwei gehackte Knoblauchzehen und ein Stück Ingwer in Olivenöl und Butter glasig schwitzen, den Reis dazugeben, durchrühren, mit Prosecco ablöschen. Rühren. Wenn keine Flüssigkeit mehr im Topf ist, Gemüsesuppe (oder Suppenwürfelwasser) nachgießen, rühren, bis die Flüssigkeit wieder verdampft ist, nachgießen. Fünf Minuten bevor der Reis fertig ist (Kochzeit steht auf der Packung) blättrig geschnittenen Hokkaidokürbis dazugeben, und wieder: aufgießen, rühren.

Kürbis braucht Ingwer

Der Hokkaidokürbis hat den Vorteil, dass man die Schale mitessen kann, das kommt der natürlichen Faulheit entgegen und schaut obendrein besser aus auf dem Teller. Fertiges Risotto mit Butter, geriebenem Parmesan, Salz und Pfeffer sowie Muskatnuss oder



Chili abschmecken. Servieren. Wer fleischlose Küche entschieden ablehnt, ergänzt mit scharf angebratener Chorizo (spanische scharfe Paprikawurst).

Ingwer und Chili oder Paprika sollten übrigens nie fehlen, wenn ein Kürbis in den Topf wandert. So schmeckt auch Kürbissuppe nicht nach Babyfutter aus dem Glas: Zwiebel, Knoblauch, Ingwer und Korianderkörner anschwitzen, halb Kürbis, halb Karotte dazu, Tomatenmark, Gemüsebrühe. Mit dem Pürierstab durchfahren, servieren – Obers oder Ähnliches ist nicht nötig.

Florian Kräftner



© ÖGB/Kräftner

Arbeit im Sommer

Egal ob Ferienjob oder Praktikum, klare Regeln gelten.

Klar geregelt. 130.000 Schülerinnen und Studierende haben im Sommer Ferienjobs oder Pflichtpraktika absolviert. Während FeriarbeitnehmerInnen im Rahmen befris-

teter Dienstverhältnisse beschäftigt sind und damit allen kollektivvertraglichen Regelungen unterliegen, müssen PflichtpraktikantInnen in den Ferien arbeiten gehen, um ihre

schulische oder universitäre Ausbildung zu ergänzen.

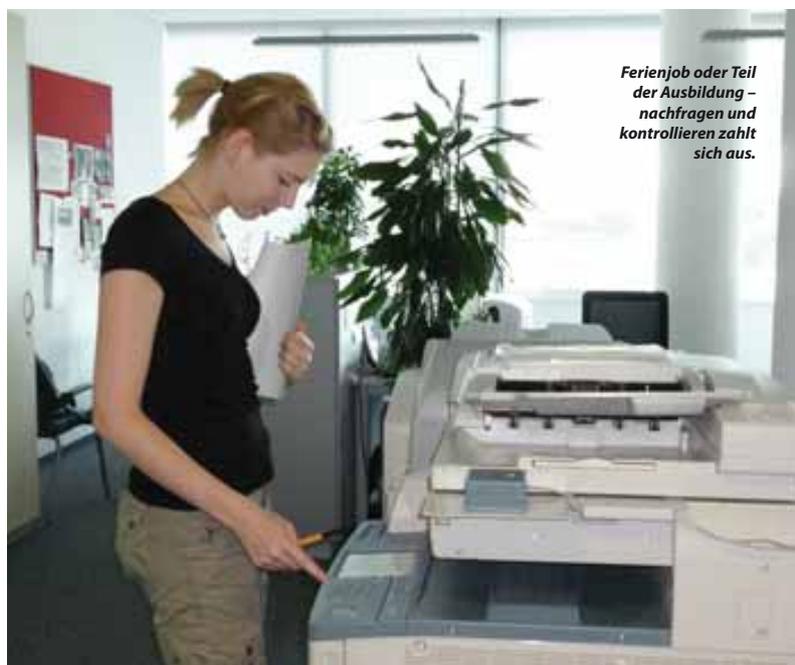
Teil der Ausbildung

Ferienjobs dienen primär dem Aufbessern der Urlaubskasse

oder dem Sammeln erster Berufserfahrungen, dagegen sind Pflichtpraktika Teil der Ausbildung. Aus vielen Anfragen ist aber bekannt, dass junge Menschen gerade hier oft als billige Urlaubshilfen eingesetzt werden. Die Jugendlichen ersetzen ArbeitnehmerInnen, die in Urlaub sind, angemessene Entlohnung bekommen die wenigsten. Für die Bezeichnung, sondern die Tätigkeit maßgeblich. Wurden urlaubende oder kranke ArbeitnehmerInnen ersetzt, wurde man in den betrieblichen Ablauf eingebunden und war man an Weisungen und Arbeitszeiten gebunden, liegt eindeutig ein normales Arbeitsverhältnis vor. Daher müssen alle kollektivvertraglichen Regelungen eingehalten werden, das gilt natürlich auch für die Entlohnung.

Geld zurückholen

Natürlich steht es Jugendlichen, die im Sommer gearbeitet haben, am Jahresende ebenso wie allen ArbeitnehmerInnen zu, sich Geld vom Finanzministerium zurückzuholen. Die Arbeitnehmerveranlagung zu machen zahlt sich immer aus.



Ferienjob oder Teil der Ausbildung – nachfragen und kontrollieren zahlt sich aus.

© ÖGB/Reimer

Offensiv für Frauenquote

EU-Kommission will Quotenregelung für Aufsichtsräte.

Widerstand. „Eines steht fest: Die Quote wird kommen“, ist EU-Justizkommissarin Viviane Reding trotz massiven Widerstands überzeugt. Bis 1. Jänner 2020 sollen mindestens 40 Prozent der Aufsichtsratsposten mit dem jeweils „unterrepräsentierten Geschlecht“ besetzt sein, de facto sollen Frauen also echte Karrierechancen erhalten. „Zu behaupten, es gebe nicht genügend qualifizierte Frauen, wäre an sich schon diskriminierend“, sagt ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende Brigitte Ruprecht. Die Quote würde für große börsennotierte Unternehmen gelten. Betriebe mit Staatsbeteiligung sollen hingegen vorangehen und die Quote 2018 einführen. Unternehmen, die sich nicht an die Vorgaben halten, drohen Sanktionen.

Saftige Strafen

Was in Österreich und auf EU-Ebene heiß diskutiert wird, gibt es in fünf EU-Staaten bereits. Hinzu kommen die Nicht-EU-Länder Norwegen und Island. In Frankreich etwa müssen Großunternehmen bis 2017 mindestens 40 Prozent der Posten in den Vorstandsetagen mit Frauen besetzen. Davor gilt für eine Übergangszeit von drei Jahren eine Mindestquote von



ÖGB-Frauenvorsitzende Ruprecht: Die Aussage, dass es nicht genug qualifizierte Frauen gibt, ist diskriminierend.

20 Prozent. Bei Nichteinhaltung drohen den Firmen saftige Strafen. Der Frauenanteil in den Führungsgremien stieg daraufhin von 12 Prozent im Oktober 2010 auf 22 Prozent im Jänner 2012. Innerhalb desselben Zeitraums stieg in Island

der Frauenanteil um neun Prozentpunkte auf 25 Prozent.

Positive Wirkung

In Österreich gibt es eine Quote nur für die Aufsichtsräte staatsnaher Betriebe. Bis 2018 sollen 35 Prozent der Aufsichts-

ratsmitglieder weiblich sein. „Das war ein erster Schritt, weitere müssen folgen“, begrüßt Ruprecht den Vorstoß Redings, fordert zugleich aber Begleitmaßnahmen. „Studien zeigen, dass sich unterschiedliche zusammengesetzte Unternehmensführungen positiv auf das wirtschaftliche Ergebnis der Betriebe auswirken. Und dennoch sind in Österreichs Führungsgremien kaum Frauen vertreten. Frauen haben aber nur dann eine wirkliche Chance, ihr Potenzial zu entfalten, wenn sie Beruf und Familie miteinander vereinbaren können.“ Dafür muss vor allem das Angebot an ganztägigen Kinderbetreuungsplätzen ausgebaut werden.

Einführung fraglich

Ob auf EU-Ebene tatsächlich eine Quotenregelung eingeführt wird, ist noch nicht absehbar. Bereits bevor ihnen der Vorschlag vorgelegt wurde, haben sich neben Deutschland und Großbritannien neun weitere Länder gegen eine Frauenquote ausgesprochen. Die Mehrheit der 27 europäischen Staaten sowie das Europäische Parlament müssen aber dem Vorschlag der EU-Justizkommissarin zustimmen.

Spanien:

Massendemo

„Sie wollen das Land ruinieren – so geht es nicht weiter“, das war das Motto einer Massendemo, zu der die Gewerkschaften in Spanien aufgerufen hatten. Zehntausende Menschen kamen, um gegen den Sparkurs der Regierung zu protestieren. „Das Volk hat Rajoy für sein Wahlprogramm gewählt und bisher hat er einen ganz anderen Weg eingeschlagen, den der Kürzungen und Steuererhöhungen“, sagte CCOO-Gewerkschaftsführer Ignacio Fernandez Toxo beim Protestmarsch. Die Regierung muss die BürgerInnen zumindest fragen, ob sie mit diesem neuen Weg einverstanden sind. Sollte Ministerpräsident Rajoy den Ruf nach einem Referendum ignorieren, drohen Spaniens GewerkschafterInnen mit einem erneuten Generalstreik im Herbst. Mit knapp 25 Prozent Arbeitslosigkeit, bei unter 30-Jährigen sogar an die 50 Prozent, ist die Lage für viele Menschen in Spanien dramatisch.

Billionen:

Krisenkosten

Die von den Banken mitverursachte Finanzkrise kostet die USA mindestens 12,8 Bio. Dollar. Zu diesem Ergebnis kommt die Non-Profit-Organisation Better Markets, die sich für eine Regulierung des Bankensektors einsetzt. Die Untersuchung soll das von Banken vorgebrachte Argument, eine Regulierung der Finanzmärkte verursache zu hohe Kosten, entkräften. In der errechneten Schadenssumme sind bisher erlittene Einbußen beim Bruttoinlandsprodukt und auf Modellen basierende künftige negative Auswirkungen auf die US-Wirtschaftsleistung bis 2018 enthalten. Diese beiden Faktoren führen zu Verlusten im Wert von 7,6 Bio. Dollar. Die restlichen 5,2 Bio. Dollar ergeben sich aus Simulationen für die durch Gegenmaßnahmen der Fed (Zinssenkungen, Staatsanleihenkäufe und Notkredite) verhinderten Verluste für die US-Wirtschaft. Die Rechnung basiert also teilweise auf Annahmen, die Größenordnung dürfte aber wohl in die richtige Richtung weisen. Für Regulierungen hat der Bankensektor aber weiterhin nichts übrig. Zu teuer, heißt es da immer.

Grundrecht Konto

Betroffen sind vor allem Arbeitslose, die sich in einem Teufelskreis befinden.

Teufelskreis. Aufgrund der Kosten gab Peter K. zunächst seine Bankomatkarte der Bank zurück. Als sein Guthaben immer mehr schrumpfte, löste er das Girokonto auf. Er ist seit gut zehn Monaten arbeitslos – ohne Aussicht auf eine Besserung seiner Situation. Denn seine Anstellung scheidet jetzt daran, dass er kein eigenes Konto besitzt. ArbeitgeberInnen sind heute nicht mehr bereit, das Gehalt in bar auszuzahlen. Für Peter K. ein Teufelskreis, der zusätzlich zur Arbeitslosigkeit an seinem Selbstwertgefühl kratzt. Geschätzte 30 Millionen EU-BürgerInnen besitzen kein eigenes Bankkonto, allein in Österreich leben vermutlich 150.000 Menschen in einem Haushalt ohne Girokonto. Weil sie kein geregelt Einkommen nachweisen können, in der Vergangenheit zu hohe Schulden aufhäufte, im Ausland studieren oder als Saisonarbeitskräfte oder freie DienstnehmerInnen tätig sind. NormalnutzerInnen zahlen für ihr Konto im Schnitt 74 Euro

im Jahr. Kundinnen und Kunden ohne Konto müssen laut Arbeiterkammer für zehn Überweisungen pro Monat (Miete, Strom) ca. 430 Euro allein an Zahlscheinspesen berappen.

Verantwortung der Banken

Das EU-Parlament hat daher das Recht auf ein Bankkonto für alle gefordert. Denn Voraussetzungen für einen funktionierenden Binnenmarkt (ohne Grenzen für ArbeitnehmerInnen, Reisende, Studentinnen bzw. KonsumentInnen) seien „erschwingliche und leicht zugängliche Zahlungsdienstleistungen und ein sozial verantwortungsbewusster Bankensektor“.

Jetzt ist die EU-Kommission am Zug. Sie soll bis Jänner 2013 ein Rahmengesetz (Richtlinie) vorgeben, wonach allen in der Union ansässigen KonsumentInnen der Zugang zu grundlegenden Bankdienstleistungen gewährt wird. Denn Banken neigen dazu, nur finanziell lukrativen Kundinnen und Kunden ein Konto zu gewähren. „Wir wol-



© Bildagentur: Waldhaus / Insofoto / Ewing

len aber, dass auch finanziell schwächer gestellte Bürgerinnen und Bürger bei einer Bank auf ein Konto pochen können, das günstig und leistungsfähig ist, um alltägliche Überweisungen und grundlegende Geschäfte erledigen zu können“, so EU-Abgeordnete Evelyn Regner. „Im 21. Jahrhundert sollte ein Bankkonto ein Grundrecht für alle Menschen sein, unabhängig davon, ob sie Arbeit, einen ordentlichen Wohnsitz oder Geldprobleme haben.“

Recht statt Freiwilligkeit

Bereits 2011 hatte die Brüsseler Kommission den EU-Ländern empfohlen, allen BürgerInnen Basiskonten zur Verfügung zu stellen. Diesem Vorschlag sind jedoch nur zwölf Mitgliedsstaaten gefolgt. In Frankreich etwa ist das Recht auf ein Basis-Girokonto bereits gesetzlich verankert. In Österreich gibt es bis dato lediglich freiwillige Initiativen.

Heike Hausensteiner

Fairness

Bessere Information, Einbeziehung in betriebliche Sozialleistungen vom Grillfest bis zur Pensionskasse, Teilhabe an Weiterbildung und schnelle Hilfe bei Arbeitslosigkeit, Verbesserungen bei den überlassenen Angestellten – das und mehr bringt die Novelle zum Arbeitskräfteüberlassungsgesetz. ÖGB und Gewerkschaften machen so Schluss mit Tagelöhneri (Seite 2).

**Undurchsichtig**

Jamie Dimon, CEO von JP Morgan Chase, hat jüngst vor „unüberlegten Eingriffen in den besten und transparentesten Kapitalmarkt der Welt“ gewarnt. Die Finanzwirtschaft hat die Krise verursacht – und genau sie, allen voran die US-Banken, warnt ständig vor einer Regulierung der Finanzmärkte. Die Banken jammern: Sie hätten durch die Krise rund 500 Mrd. US-Dollar an Marktkapitalisation eingebüßt. Unser Beileid ...

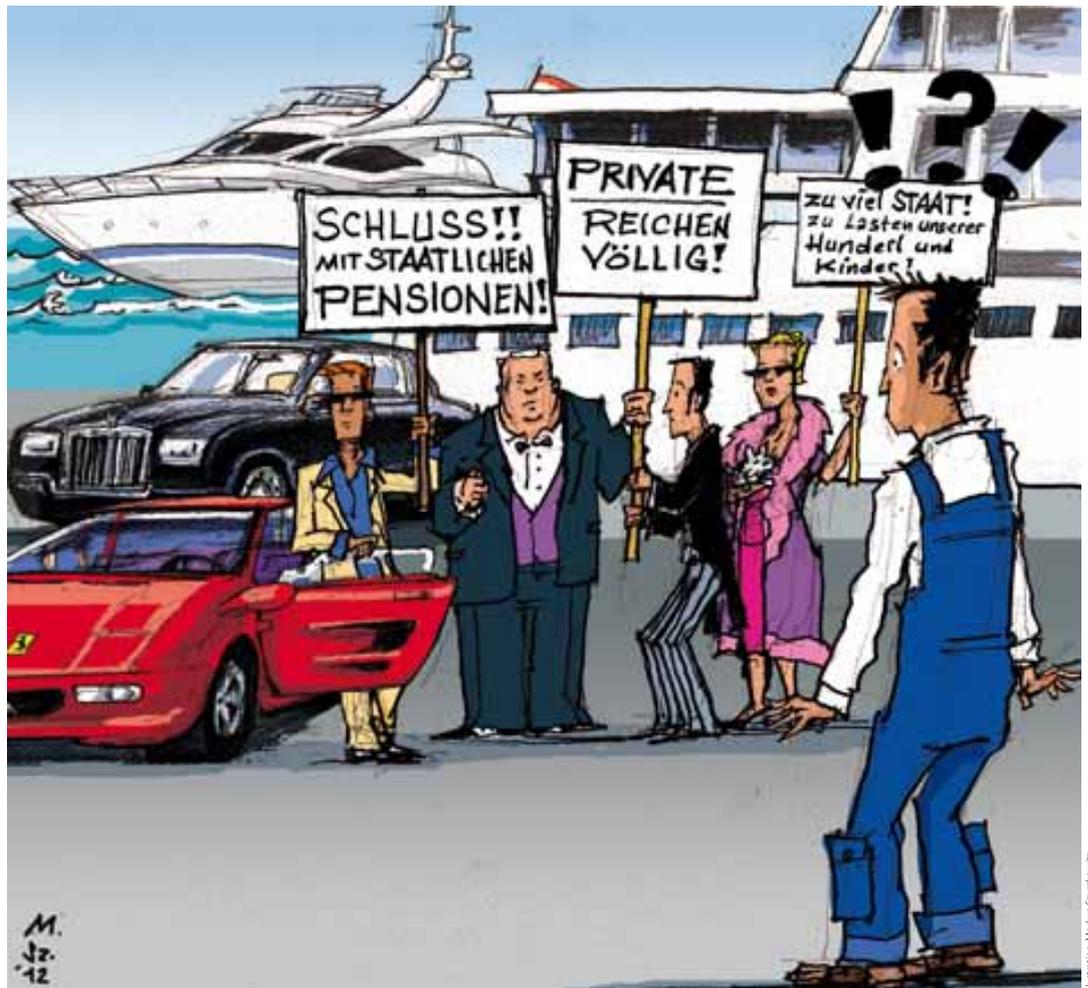


Illustration: Markus Szydlowitz

Gastkommentar: Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

Jobs für Europa

Der EGB verlangte bei der Beschäftigungskonferenz in Brüssel ein Ende des Kaputtsparens.

Die Inhalte der Reden bei der Beschäftigungskonferenz machen mir Hoffnung, dass das Elend und die soziale Destabilisierung, ausgelöst durch die Arbeitslosigkeit, nun endlich auch politisch, in den Herzen und Köpfen der Verantwortlichen, wahrgenommen werden. Das ist überfällig. Es ist ein erster Schritt, aber es ist noch ein weiter Weg zu gehen. Gesetze müssen immer noch geändert werden und vor allem muss endlich etwas unternommen werden.

Sparen würgt Aufschwung ab

Ja, Investitionen in Branchen mit hohem Beschäftigungspotenzial müssen forciert werden. Ja, das Thema Jugendarbeitslosigkeit hat Priorität, obwohl wir immer noch auf konkrete Vorschläge für eine Beschäftigungsgarantie für junge Menschen warten. Ja, wir müssen die Barrieren für Frauen am Arbeitsmarkt beseitigen und müssen ältere Beschäftigte davor bewahren, ausgesteuert zu werden. Aber nein: Es sind nicht die Arbeitsgesetze, der soziale

Dialog, Pensionen oder Gesundheitssysteme, die den Aufschwung abwürgen. Was den Aufschwung abwürgt sind die Folgen der Sparprogramme, die Milliarden von Euro, die gleichzeitig oder nach und nach in den Budgets gekürzt werden, Erhöhungen der Mehrwertsteuer und Kürzung von Sozialleistungen.

Kurswechsel dringend nötig

Seit 2009 haben die Beschäftigten und die privaten Haushalte mehr als einen gerechten Anteil bezahlt. Auf Druck der EU haben Mitgliedsstaaten ihre Sozialbudgets gekürzt, den Zugang zu Sozialleistungen eingeschränkt und das Pensionsalter erhöht. Einige haben die Mindestlöhne gesenkt und versucht, die Kollektivvertragsverhandlungen und die Einrichtungen des sozialen Dialogs zu schwächen; sie haben die Arbeitsmärkte flexibilisiert und Kündigungsbestimmungen gelockert. Trotzdem bleiben die Ergebnisse dieser Sparpolitik schrecklich: wirtschaftlicher Abschwung, ständig steigende

Arbeitslosigkeit und eine Krise, die sich bis ins Herz der Euro-Zone ausgebreitet hat. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel.

»Daran müssen wir festhalten: Sozialer Fortschritt ist das Herzstück des europäischen Projekts.«

Bernadette Ségol

Professor Pissarides sprach bei der Konferenz über Mindestlöhne. Er hat den Wirtschaftsnobelpreis und ist Professor an der London School of Economics, das sind beeindruckende Zeugnisse, daher sollte ich mich wohl zurückhalten – aber ich fürchte, das geht nicht. Er sagte, wenn es Mindestlöhne gebe, dann sollten sie sehr niedrig sein.

Mindestlöhne keine Jobkiller

Nirgendwo in den Aufzeichnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) finden sich Beweise dafür, dass Mindestlöhne Jobs vernichtet haben. Ich hätte den Professor gerne gefragt, was ein adäquater Mindestlohn wäre, einer, der einen menschenwürdigen Lebens-

standard gewährleistet. Stellen Sie sich vor, Sie gehen zu einem Arbeiter in einem jener Länder, in denen die EU-Troika (Vertreter von Europäischer Kommission,

Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds, Anmerkung) losgelassen wurde, ein Arbeiter, der seinen Lebensunterhalt verdienen, seine Miete zahlen, seine Kinder großziehen muss, und Sie sagen ihm: „Dein Lohn ist zu hoch.“

Unmoralisch

Es wäre schlicht und einfach unmoralisch. Es wäre ein historischer Fehler, die Krise zu benutzen, um den sozialen Dialog, Kollektivvertragsverhandlungen und Arbeitsrechte zu demontieren. Und das alles wegen einer Bankenkrise, die europäische Regierungen Milliarden an Bankenhilfen gekostet hat. Der Sozialpakt, den der EGB vorschlägt, ist nicht bloß im Interesse einiger Gewerkschaften. Er ist



Bernadette Ségol, Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

von der Notwendigkeit geleitet, dass wir alle an der Idee festhalten, dass sozialer Fortschritt das Herzstück des europäischen Projekts ist.

Europa-Infos:

Der Text ist ein Auszug aus der Rede, die Bernadette Ségol bei der Beschäftigungskonferenz hielt.
www.oegb-eu.at, www.etuc.org